

SATZUNG DER GEMEINDE KAYHUDE KREIS SEGEBERG ÜBER DEN BEBAUUNGSPLAN NR. 2 FÜR DAS GEBIET "Stegener Weg - Nord"

4. ÄNDERUNG FÜR DEN BEREICH „südwestlich Wiesenweg / südöstlich Birkenweg“

Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung vom 08. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2233) sowie nach § 82 der Landesordnung (LBO) vom 21. Februar 1983 (DVBBl. S. 45) wird nach Beschlußfassung durch die Gemeindevertretung vom ... Durchführung des Anzeigeverfahrens gemäß § 11 BauGB und Genehmigung gemäß § 82 Abs. 4 LBO durch den Landrat des Kreises Segeberg folgende Satzung über den Bebauungsplan Nr. 2 ... Änderung ...

Verfahrensvermerk

- 1 Aufgestellt aufgrund des Aufstellungsbeschlusses der Gemeindevertretung vom 05.05.1988 Die ortsübliche Bekanntmachung des Ausstellungsbeschlusses ist durch Aushang an den Bekanntmachungstafeln vom ... bis zum ... durch Abdruck in der ... im amtlichen Bekanntmachungsblatt am 30.05.1988 erfolgt
2 Die frühzeitige Bürgerbeteiligung nach § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB ist am ... durchgeführt worden. Auf Beschluß der Gemeindevertretung vom 05.05.1988 ist nach § 3 Abs. 1 Satz 2 BauGB von der frühzeitigen Bürgerbeteiligung abgesehen worden.
3 Die von der Planung betroffenen Träger öffentlicher Belange sind mit Schreiben vom 16.03.1989 zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden. Die Verfahren zu den Verfahrensmerkern Nr. 3 und 5 sind gemäß § 4 Abs. 2 BauGB gleichzeitig durchgeführt worden. Die Beteiligung der Nachbargemeinden, die von der Planung berührt sein können, ist erfolgt (§ 2 Abs. 2 BauGB).

Der Entwurf der Bebauungsplanung ist am 03.03.1989 den Entwurf der Bebauungsplanung beschlossen und zur Auslegung bestimmt.

5 Der Entwurf der Bebauungsplanung ... bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), sowie die Begründung haben in der Zeit vom 19.04.1989 bis zum 19.05.1989 während der Dienststunden folgender Zeiten ...

6 Die Gemeindevertretung hat die vorgebrachten Bedenken und Anregungen sowie die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange am 20.07.1989 geprüft. Das Ergebnis ist mitgeteilt worden.

7 Der Entwurf der Bebauungsplanung ist nach der öffentlichen Auslegung (Ziff. 5) geändert worden. Daher haben der Entwurf, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), sowie die Begründung in der Zeit vom ... bis zum ... während der Dienststunden / folgender Zeiten erneut öffentlich ausliegen.

Dabei ist bestimmt worden, daß Bedenken und Anregungen nur zu den geänderten und ergänzten Teilen vorgebracht werden können. Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, daß Bedenken und Anregungen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zu Protokoll geltend gemacht werden können, am ... bis zum ... durch Aushang ortsüblich bekanntgemacht worden. Daher wurde eine eingeschränkte Beteiligung nach § 3 Abs. 3 Satz 2 V.m. § 13 Abs. 1 Satz 2 BauGB durchgeführt.

8 Die Bebauungsplanänderung ... bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wurde am 20.07.1989 von der Gemeindevertretung als Satzung beschlossen. Die Begründung zum Bebauungsplan wurde mit Beschluß der Gemeindevertretung vom 20.07.1989 gebilligt.

Die Richtigkeit der Angaben in den vorstehenden Verfahrensmerkern Nr. 1-8 wird hiermit bescheinigt.

GEMEINDE KAYHUDE DEN 21. Dez. 1989 AMTSTUFTSTADT KREIS SEGEBERG

9 Der katastermäßige Bestand am 20.11.89 sowie die geometrischen Festlegungen der neuen städtebaulichen Planung werden als richtig bescheinigt.

KATASTERAMT BAD SEGEBERG DEN 20.11.89 LEITER DES KATASTERAMTES

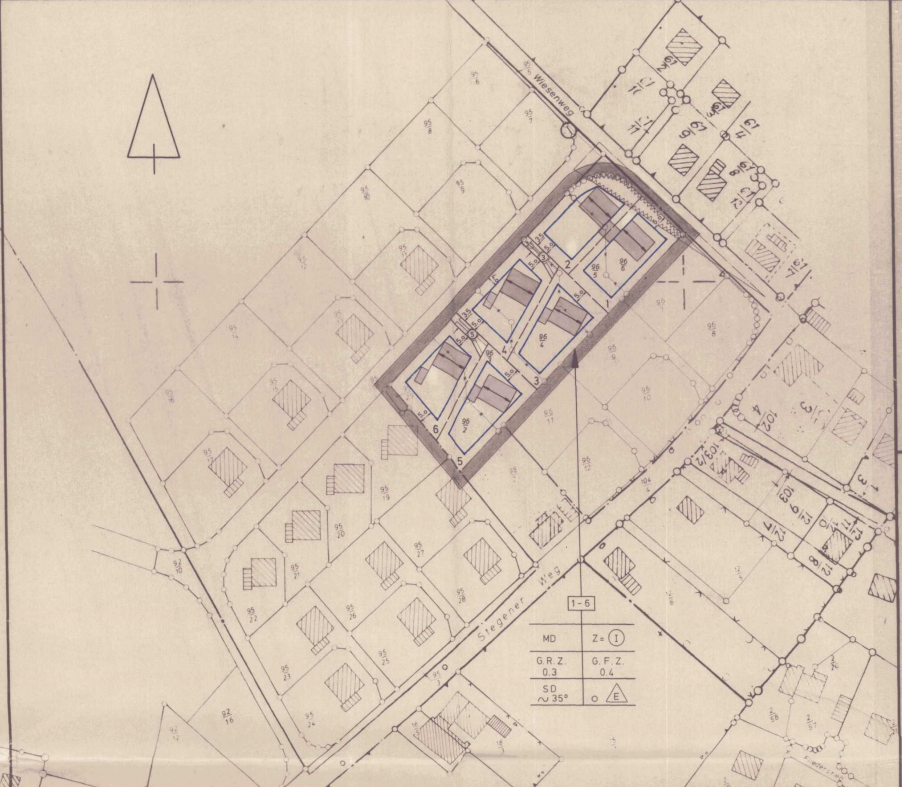
10 Das Anzeigeverfahren nach § 11 Abs. 1 Halbsatz 2 und Abs. 3 BauGB ist durchgeführt worden. Der Landrat des Kreises Segeberg hat am 06.03.1990 bestätigt, daß ... keine Verletzung von Rechtsvorschriften geltend macht, ... die geltend gemachten Rechtsverhältnisse behoben worden sind. Außerdem hat der Landrat des Kreises Segeberg die Genehmigung gemäß § 82 Abs. 4 LBO erteilt.

GEMEINDE KAYHUDE DEN 06.03.1990 AMTSTUFTSTADT KREIS SEGEBERG

11 Die Satzung über die Bebauungsplanung ... bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wird hiermit ausgefertigt.

GEMEINDE KAYHUDE DEN 17.05.1990 AMTSTUFTSTADT KREIS SEGEBERG

12 Die Durchführung des Anzeigeverfahrens zur Bebauungsplanänderung ... gemäß § 82 Abs. 4 LBO sowie die Stelle, bei der der Plan auf Dauer während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden kann und über den Inhalt Auskunft zu erhalten ist, sind am 15.05.1990 (vom ... bis zum ...) ortsüblich bekanntgemacht worden. In der Bekanntmachung ist auf die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie auf die Rechtsfolgen (§ 215 Abs. 2 BauGB) und weiter auf Fälligkeit und Erlöschen von Entschädigungsansprüchen (§ 44 BauGB) hingewiesen worden. Die Satzung ist mithin am 15.05.1990 in Kraft getreten.



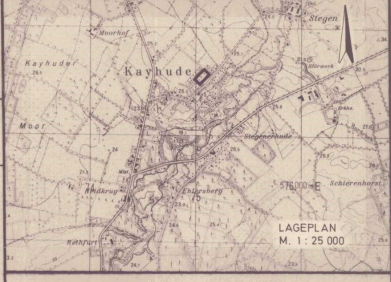
TEIL „A“ PLANZEICHNUNG: Maßstab 1:1000

Zeichenerklärung: Es gilt die Baumutzungsverordnung (BaUNv) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. September 1977 (BGBl. I S. 1763), zuletzt geändert durch Verordnung vom 19. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2665). Es gilt die Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (PlanZV 81) (BGBl. I S. 833 / 834, vom 22. August 1981).

- BAUGEBIET: § 9 (1) BauGB.
Art der baulichen Nutzung: § 9 (1) BauGB, §§ 1 bis 11 BauNv.
MD Dortgebiet, § 5 BauNv.
Maß der baulichen Nutzung: § 9 (1) BauGB, § 16 (2) und §§ 17 bis 21 BauNv.
G.R.Z. Grundflächenzahl; § 10 BauNv.
G.F.Z. Geschossflächenzahl; § 20 BauNv.
Z = I Zahl der Vollgeschosse, zwingend; § 17 (4) und § 18 BauNv.
Bauweise: § 9 (1) 2 BauGB, §§ 22 und 23 BauNv.
Offene Bauweise: § 22 (2) BauNv.
Nur Einzelhäuser zulässig.
Baugrenze; § 23 (3) BauNv.
Überbaubare Grundstücksfläche; § 9 (1) 2 BauGB, § 23 (1) BauNv.
Baugestaltung / Stellung der baulichen Anlagen: § 82 LBO 1983 / § 9 (1) 2 BauGB.
Verbindliche Dachneigung, Dachform, Firstrichtung:
~ 0° Dachneigung;
SD Satteldach;
- - - Firstrichtung;
Mit Geh- = G, Fahr- = F und Leitungsrechten = L zu belastende Flächen; § 9 (1) 21 BauGB.
Umgrenzung der Flächen, die von der Bebauung freizuhalten sind (Sichtdreieck); § 9 (1) 10 BauGB.

DARSTELLUNGEN OHNE NORMCHARAKTER:

- Katasteramtliche Flurstücksgrenze mit Grenzmaß.
Künftig fortfallende Flurstücksgrenze.
Katasteramtliche Flurstücksnummer.
In Aussicht genommene Zuschnitte der Baugrundstücke.
Durchlaufende Numerierung der Baugrundstücke.
Grundfläche einer geplanten baulichen Anlage.
Maßlinien mit Maßangaben.
Bereich der baulichen Festsetzungen.



TEIL „B“ TEXT:

- 1. Sichtdreieck (nicht überbaubare Grundstücksfläche) Die innerhalb des Sichtdreiecks gelegenen Grundstücksflächen des Baugrundstücks Nr. 1 und Nr. 2 sind von jeglicher Bepflanzung über 0,70m Höhe freizuhalten.
2. Die Garagen sind in ihrer Ausführung und Gestaltung den Hauptbaukörpern anzupassen, wobei Flachdächer generell zulässig sind. Carport aus Holz sind zulässig.
3. Die Einfriedigungen der Grundstücke zur Straße hin haben durch lebende Hecke von max. 70cm Höhe zu erfolgen.